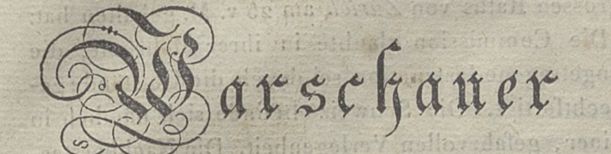
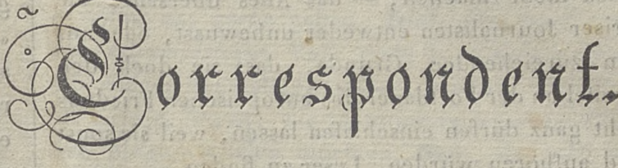
Nro 53. MONTAG den 21. JULI 1834.

Von dieser Zeitung erscheinen wöchentlich zwey Nummern, Montag und Donnerstag Mittag. Monatlicher Pränumerationspreis im Orte 3 Gulden poln. Auswärtige können auf allen Postämtern und Poststationen vierteliährig für 12 Gulden 18 gr. poln. pränumeriren.

INLÆNDISCHE NACHRICHTEN.

St. Petersburg den 2 Juli. Sieben Kriegsschiffe, welche von Kronstadt aus bis in die hohe See in gleichmässigen Distanzen aufgestellt worden waren, hatten den Befehl erhalten, einander das Erscheinen der Ischora, welche JJ. kk. HH den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Preussen an Bord hatte am Horizonte durch Signale gegenseitig zu avisiren um diese erfreuliche Nachricht aufs Schleunigste nach Peterhof gelangen zu lassen. Der Kaiser, welcher am Tage der Ankunft JJ. kk HH. einem Maneuvre in der Gegend von Krasnoe Selo, wo die Garden gegenwärtig ihr gewöhnliches Sommerlager bezogen haben, beiwohnte eilte Allerhöchstdenselben auf erhaltene Nachricht augenblicklich entgegen, und feierte auf dem Meere das schöne Fest der Wiedervereinigung mit seinen erlauchten Anverwandten, welche schon früher von J. M. der Kaiserin auf das Herzlichste daselbst begrüsst worden waren. — Am gestrigen Tage erfreuten wir uns der Ankunft der kaiserlichen Familie, des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preussen und des Prinzen der Niederlande in hiesiger Residenz woselbst sie in den Nachmittagsstunden auf dem kaiserlichen Dampfboote Alexandra unter preussischer Flagge von Peterhof eintrafen. Alle auf der Newa stationirten Schiffe flaggten, eine unzählbare Menschenmasse bedeckte die Quais und die Isaaksbrücke, und begrüsste die theure Kaiserfamilie und ihre erhabenen Gäste unter dem Kanonendonner der Festung mit freudigen Hurrah! — Wir hoffen uns der Anwesenheit des Hofes während mehrerer Tage hieselbst und auf der Insel Jelagin erfreuen zu dürfen; das Geburtsfest des Kaisers soll jedoch, sicherm Vernehmen nach, in Peterhof gefeiert werden.

In mehreren ausländischen Blättern ist die Rede von einer nahe bevorstehenden Reise des Kaisers nach der Krimm, und wie gewöhnlich werden damit die verschiedenartigen Muthmassungen in Verbindung gesetzt. Wir glauben, aufs Beste unterrichtet zu sein, wenn wir die Wahrheit dieser Reise eben so bestimmt in Abrede stellen, als wir uns berechtigt fühlen, der anderwärts verbreiteten Nachricht, es sei eine persische Provinz neuerdings durch unsere Truppen occupirt worden, in dem Register der Erdichtungen des Tages eine Stelle anzuweisen. — Nicht minder ungegründet ist das Gerücht als dürfte mit Nächstem ein Heer von 6000 Mann polnischer Nationaltruppen errichtet werden.

ZEITUNGS NACHRICHTEN.

Frankfurt den 6 Juli. Ueber die deutsche Politik herrschen zu Paris fast eben so verwirrte und unrichtige Ansichten, als über die deutsche Literatur. Die Stimmführer des Publikums, die Journalisten, sollten sich bemühen, Vorurtheile zu verdrängen und irrige Meinungen zu widerlegen. Aber sie sind blinde Blindenleiter, und wer ihnen glaubt, ist betrogen. Allerdings ist das Deutschland, wie es nach dem Untergang der alten Reichsverfassung — den herbeigeführt zu haben die publicistisch gebildeten Franzosen gewiss reut — aus den Bestimmungen der Bundesakte von 1815 und der Schlussakte von 1820, so wie aus dem nun achtzehnjährigen Wirken der Bundesversammlung hervorgegangen ist, ein viel zu komplicirtes Staatsgebäude, als dass fremden Tagblattschreibern, ein verständiges, aus klarem Erkennen hervorgegangenes Urtheil auch nur angemuthet werden könnte. Die deutsche Bundesverfassung, deren etwaige Incoherenzen in dem gesunden Sinne des Volks und dem klugen Einverständnisse der Regierungen ihr Korrektiv finden, muss der Ausländer, will er sie anders verstehen, ernstlich studiren. Doch wir können uns irren: es mag Franzosen geben, die das Bedürfniss gefühlt, sich über die Natur der deutschen Staatseinrichtungen aufzuklären. Aber gewiss ist, dass von solchem Streben in den Pariser Blättern keine Spur. Vielmehr verräth sich in denselben die tiefste Befangenheit. Zwei Dinge kann man an der Seine nicht vergessen: dass seit Richelieu die französische Politik an den kleineren deutschen Fürsten Stützpunkte gefunden, und dass seit Napoleon die Rheingränze gesichert schien. Wie mit dem Jahr 1815 eine neue Aera begonnen und französischer Einfluss an deutschen Höfen nicht länger an der Tagesordnung; — wie es seitdem ein Rhein-

preussen gibt; wie ein Eroberungskrieg nicht in dem Geiste der Zeit, und darum vorerst, und wer weiss wie lange noch, die Diplomatie die Hauptrolle spielt, die Feder das Schwert in der Scheide hält; — wie unter solcher Conjunktur leidenschaftliche Ausfälle auf fremde Regierungen keinen Eindruck mehr machen; — das Alles übersehen die Pariser Journalisten entweder unbewusst, oder aus dem zureichenden Grunde, dass sie doch den Zweifel an der Fortdauer des europäischen Friedens nicht ganz dürfen einschlafen lassen, weil sie sonst bald aufhören würden, Leser zu finden.

An Belegen zu der vorstehenden Behauptung von der Ignoranz der Pariser Publizisten, wenn sie von deutschen Angelegenheiten sprechen, fehlt es nicht. Für heute entnehmen wir dem «Journal de Francfort" einige Bemerkungen über die neueste Anklage des «Temps."

«Die Politik der Mächte in Beziehung auf die Schweiz hat, wie der «Temps" versichert, keineswegs den Zweck, zu hindern, dass auf Schweizerboden gegen die Ruhe der Nachbarstaaten komplottirt werde; (der Zug nach Savoyen hat ja bewiesen, dass man in der Schweiz nie komplottirt!) auch denken die Mächte nicht daran, unversöhnliche Rache zu üben; (grosse Entdeckung! die Cabinette Oestreichs, Preussens, Russlands denken an etwas Anderes, als sich schonungslos zu rächen; wer hätte das geglaubt?) nein, die Handelsblokade, womit man die Schweiz bedroht, hat zum Zweck, das Volk auszuhungern, es dadurch zu reizen, und so die Gegenrevolution herbeizuführen. Diese Anklage ist nicht neu. Wer sich noch der Schreckenszeit von 1793 erinnert, oder den «Moniteur" gelesen hat, wird wissen, wie oft die Mächte beschuldigt wurden, die Contrerevolution anzulegen, wie *Pitt* und *Coburg* die Losungsworte waren. Das alles sind verbrauchte Schreckschüsse, höchstens noch im Vaudeville von Wirkung. Der «Temps" glaubt, die monarchischen Mächte seyen erzürnt über die Fortschritte des Liberalismus. Er irrt sich gröblich. Die monarchischen Mächte sind überzeugt, dass der Liberalismus seit der Julirevolution im Rückschreiten ist. Als noch, unter der Monarchie, die Liberalen ihre Anschläge hinter schönen Redensarten und grossen Versprechungen versteckten, war ihr Einfluss zu fürchten, denn ihre Theorien so hohl sie sind, blenden durch Flitterwerk und verführen durch Scheingründe. Seit aber der Liberalismus stärker geworden und eine höhere Stelle eingenommen, seit Minister, aus den Reihen der Liberalen hervorgegangen, am Ruder sind, gaben die Mächte Ursache, beruhigt zu seyn. Die Völker wissen nun genau, was es mit den «wohlfeilen Regierungen" auf sich hat. Wir wiederholen es: der Liberalismus hat keine Fortschritte gemacht; an die Republik glaubt man nicht mehr; was die konstitutionelle Monarchie angeht, so ist der Glaube an sie noch da, allein es gibt kein Volk mehr, das nicht erkenne, wie man unter einer guten Monarchie so glücklich, so reich, und so frei seyn kann, als unter den liberalsten Regierungen von der Welt."

— *Schweizerische Eidgenossenschaft.* Nachstehendes ist der nähere Inhalt des Vortrages, welchen der Hr. Bürgermeister *Hirzel* in der Sitzung des grossen Raths von *Zürich* am 25 v. M. gehalten hat: «Die Commission glaubte in ihrer Mehrheit, die angetragene Instruction sei durch die Umstände gerechtfertigt. Die Schweiz befinde sich nämlich in einer, gefahrvollen Verlegenheit. Die Nachbarstaaten stellen in ihren Zuschriften bestimmte Begehren an dieselben, unter Androhung eben so bestimmter Maassregeln, wenn jenen nicht sofort entsprochen werde. Dass diese Maassregnln aber nicht leere Vorspieglungen seien, bestätigt sich vollkommen durch Correspondenz. Es sei daher nicht nöthig, erst noch die Folgen einer allgemeinen Sperre für unsern Waarenabsatz, für den Verkehr überhaupt auseinanderzusetzen. In diese ernstliche Lage seien wir durch fremde Flüchtlinge gekommen, die nach ihrer Idee und nach all ihren Kräften suchen, eine von der gegenwärtig in Europa bestehenden Ordnung abweichende herzustellen. Der Grund nun, warum unsere Nachbarn durch diese Fremdlinge sich gefährdet erachten, bestehe darin, dass diese Letzteren vielfacher und offener Aufforderungen zur Umkehrung des Bestehenden, und bestimmter Angriffe auf die Nachbarstaaten sich haben zu Schulden kommen lassen. Allein der Krug überlaufe, wie er einmal voll sei. Seit Jahren sei in diesem Sinne geschimpft und gehandelt worden. Nun aber wolle man es abseiten der Mächte eben nicht mehr dulden. Ueberraschend sei das Erscheinen von 400 Polen gewesen, fast gleichzeitig in dem Augenblicke, wo in Frankfurt ein bewaffnetes Attentat begonnen worden sei. Es glaubte Teutschland, es seien diese Polen auf Teutschland gerichtet. Einen beabsichtigten Ueberfall argwöhnte Baden. Was damals unterblieb, ist bald gegen Sardinien in Wirklichkeit getreten. Es haben zwar die Regierungen von Waadt und Genf alles angewendet, jenen unsinnigen und verbrecherischen Zug zu unterdrücken, damit die Folgen nicht auf die Schweiz zurückfallen. Allein es sei zu bedauern, dass von Bern nicht *Ein* Schritt gethan worden sei, jenen Zug zu behindern. Dieses Misslingens ungeachtet seien von den Fremdlingen denoch unausgesetzte Angriffe gegen die Ruhe der Nachbarstaaten geschehen, und namentlich gegen die Verfassungen Teutschlands conspirirt worden. Dafür spreche hauptsächlich die neuliche Entdeckung eines sogenannten Comité des neuen Teutschlands. Allem diesem Treiben sei das schweizerische Volk gänzlich fremd geblieben. Es ist diess dem gesunden Sinn desselben zu verdanken, welcher der lockenden Stimme die Ohren verschloss, welcher gefühlt hat, dass es nur zu einem Stück Holz dienen sollte, an dessen Flamme sich vielleicht Teutschland und Italien hätten entzünden sollen. Aber auch die

schweizerischen Regierungen sind diesen Bewegungen fremd geblieben. Nur trifft sie der Vorwurf, dass ihre Aufsicht nicht strenge genug, nicht sorgfältig genug gewesen. Seit Jahr und Tag hat die *Presse*, haben auch andere hohe Stimmen zu jenen Bestrebungen gelockt, haben jene Flüchtlinge als die lebendigen Zeugen des Despotismus bezeichnet, haben die Regierungen verdächtigt, als wären sie, d. h. Alles, verrathen und verkauft. Unsere Nachbarn wollen nun aber dieses Treiben wirklich nicht mehr und sagen: «entweder ihr habt einen guten Willen, aber keine Kraft; oder ihr habt Kraft, aber keinen guten Willen; aber wenn ihr nur eines oder gar keines von Beiden habt, so sind wir verpflichtet, im Interesse unserer Staaten die erforderlichen Maassregeln von uns aus zu ergreifen." Fordern sie etwa, den politisch Verfolgten nicht aufzunehmen oder ihn auszuliefern? Nein! sie wissen, dass die Schweizer seit Jahrhunderten immer getrachtet haben, diesen eine Zufluchtsstätte zu geben. Sie fordern vielmehr, dass, wenn diese Flüchtlinge nicht ruhig nun ohne Störungen zu verursachen leben wollen, also die Zufluchtsstätte geradezu missbrauchen, wir sie wegweisen sollen. Und dazu haben sie das Recht. Sie, Tit., werden nicht ein Versteck aus der Schweiz machen wollen, aus welchem auf die Nachbarn geschossen werden kann. *Sie werden auf die Presse etwas mehr achten müssen. Die Verfassung verbietet die Censur; sie verbietet aber auch den Missbrauch der Presse. Wenn wir aber sehen, dass dieser Missbrauch nach den bestehenden Gesetzen nicht bestraft werden kann, so müssen Sie diese abzuändern sich entschliessen.* Wir müssen aber auch polizeilich auf die Flüchtlinge mehr achten als bisher; sie haben sich darüber nicht zu beschweren, denn sie haben nur eine bedingte Aufenthaltserlaubniss erhalten. Unangenehme Empfindungen werden freilich rege, dass wir erst jetzt zu diesen Maassregeln schreiten. Es ist die Meinung geltend gemacht worden: das sein nur die ostensiblen Forderungen! es sei nicht aus dem Leeren, dass wohl noch andere Forderungen dahinter stecken. Es handelt sich aber gegenwärtig nur um die vorliegenden; und in diesen findet sich keine Spur von Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. Was haben denn nur auch seit drei Jahren die teutschen Nachbarstaaten fur Grund gegeben zu solchem Misstrauen? — *Wir* haben Stoff zu Misstrauen gegeben! Ist unser Misstrauen nicht künstlich erregt worden, und zwar von denjenigen, welche das Asylrecht, welche die Presse missbraucht haben, weil diess das Strohhälmchen ist, an welches gewisse Leute sich halten? Es ist zu bedauern, dass auch durch die fremden Mächte, ihre Stellvertreter, durch Thaten und Unterlassungen Stoff gegeben wurde zu Misstrauen. All diess wurde begierig aufgegriffen, um uns in Harnisch zu bringen. Wir dürfen aber wahrhaftig nicht mit der ganzen Welt hadern. Wir können es auch nicht weil wir unserem gescheiden Volk blauen Dunst vormahlen müssten, weil es diesen Dunst bald durchsehen und sehen würde, dass nichts dahinter ist. Wenn die Unabhängigkeit der Schweiz, unsere Verfassung gefährdet ist, dann wird das Volk gerne ins Feld ziehen. Legen Sie ihm dann doppelte Steuern für den Kriegsbedarf auf; es wird das Volk diese, wenn es nöthig ist, gerne geben. Diess alles wird aber das schweizerische Volk nicht über sich nehmen um einiger Fremdlinge willen, die mit der Welt im Kriege liegen, die in unserem eigenen Haus den Meister spielen möchten. Nein, das will das schweizerische Volk nun und nimmermehr! Die grosse Mehrheit der Commission hat die Stimmung des Volkes der Schweiz getheilt. Diese geht dahin: es sei besser, die Klippen zu umschiffen, als unbedingt das Schiff mit allem Hab und Gut aufs Riff zu treiben. — Der zweite Punct sei untergeordneter Natur. Unangenehm sei es zwar freilich, dass unsere Pässe nicht mehr respectirt werden. Allein das sei nur ein Kleines gegen das, was bevorstehe, nämlich dass die Schweizer aus den Nachbarstaaten, z. B. von Triest, zurückgeschickt werden, eben so das Vieh, eben so die Baumwollen- und andere Waaren. Es bleibt nur übrig, dass wir mit Sorgfalt und Klugheit dahin steuern, die Quelle all dieser Unannehmlichkeiten abzugraben. Diess ist die Ansicht der Commission, mit Ausnahme eines Einzigen, welcher das Benehmen der Regierung hinsichtlich der Pässeertheilung in der vorgeschriebenen Form tadelte. Allein wenn Einer z. B. nach Neapel reisen muss, allfällig um einem Falliment vorzubeugen, und diese Reise nun inner einer bestimmten Frist für ihn von Nutzen seyn kann? — Sie werden ihn mit seinem Passbegehren nicht zurückweisen. Nein, die Misshelligkeiten, an denen die Flüchtlinge Schuld sind, sollen die friedlichen Bürger nicht däuen. Nein! Gegen 100 Bürger von Stadt und Land haben in dieser kurzen Zeit Pässe verlangt nnd erhalten. Dabei hat die Regierung für Aufhebung dieser Passbestimmungen die geeigneten Schritte gethan bei Gesandten und Höfen. Ja, es werden solche beseitigt werden, wenn man dem jetzigen Begehren der Mächte entspricht. Sein Schluss gehe daher dahin: dass er sich so wenig fürchte als die Anderen, die etwas Ausserordentliches in diesen Maassregeln finden. Dieser Rathschlag sei für die ganze Eidgenossenschaft wichtig. Zürich, als der Vorort, als der Stand, welcher durch die darüber geführte Correspondenz zur Beurtheilung der vorhandenen Verhältnisse am geeignetsten sei, der durch die angekündigten Maasregeln am meisten bedroht sei, werde doch nicht dem Antrage der Minderheit der Commission folgen, werde doch nicht mit der einen Hand geben, mit der andern eine Hinterthüre offen halten wollen. Nein! Jeder, im Gefühl der Pflicht, als Sprecher des Cantons, werde vielmehr mit Mund und Hand dafür stimmen, alles zu thun und zu wahren, was zur bleibenden Wohlfahrt des Landes dienen kann!"

— *Paris d. 4 Juli.* Es lässt sich jezt der Geist überschauen, welcher in den Wahlkollegien geherrscht hat. Fast überall hat der Lokalgeist, mit seinen Eingeschränktheiten, über den politischen Geist mit seiner Parteisucht triumphirt. In den grossen Städten allein, besonders zu Paris, Rouen Marseille und Strasburg waren politische Wahlen; weniger zu Bordeaux und Lyon, wo die Lokalität sich ausgesprochen hat. Es versteht sich, dass noch eine andere Art Parteigeist dorten hervortreten musste, wo der Kontrast zwischen Orleanismus und Legimitismus und sogenannter *vorgerükter* Opposition (das ist der, ohne republikanisch gesinnt zu seyn, an die Republik streifenden) stärker seyn musste als irgendwo sonst; so in der Vendée, wo der Geist Lafitte, und im Süden, wo der Geist Berryer obgesiegt hat, die beiden Hauptgeister in diesem ganzen Wahlkampfe; wozu man noch rechnen muss den Geist Thiers, der waker zu Paris gekämpft hat, während der Geist Persil in einigen südlichen Landschaften rumorte, unterstüzt durch die Lokalität, in welcher dieser Geist erwachsen ist, und durch eine wakere Advokatenzunft. Reiner Orleanismus und Ministerialismus, im heroischen Sinne wird sich nirgends offenbaren; aber wohl eine unbändige Friedenslust, ein rund ausgesprochener Widerwille gegen die Republik, eine scheue Entfernung von der Opposition, ziemliches Vertragen mit den Legitimisten, wenn diese es nicht zu wild machen, sich nicht zu sehr als Matadore der Quotidienne und Gazette offenbaren, nicht zu sehr Verknüpfungen eingehen wollen mit dem Genius des Hrn. Cormenin, der einzigen ächt republikanischen Frucht der heurigen Versammlung, oder mit Hrn. Lafitte, zum direkten Sturze unsrer Minister. Die Intriguen scheinen sich übrigens um drei Punkte zu drehen: soll es ein Kabinet geben im Geiste der Doktrinairs? oder ein Kabinet im Geiste der Geschäfts - und Lebensmänner? oder eines im Geiste des Tiers parti? Mit andern Worten: soll Guizot oder Thiers oder Dupin Mittelpunkt einer neuen Administration werden? Die Opposition und die Legitimisten verbünden sich provisorisch, um aus dem Ministerium entweder die doktrinellen Elemente oder die der Geschäfts-und Lebemänner auszuscheiden; die Opposition will den Tiers parti hineinpfuschen, entweder den Sturz der Doktrinairs befördernd, wenn zu diesem mehr Aussicht ist, oder den Sturz der Pfiffigen, wenn dazu sich Anlass geben könnte. Die Legitimisten wollen die Opposition hineinpfuschen, um republikanische Gährung zu entwikeln. So haben die Parteien ihre Nebenabsichten und Zweke. Scheiden die Doktrinairs aus der Regierung, oder scheiden die Pfiffigen aus derselben, wird ein Ministerium des Tiers parti, mit Hülfe der einen oder der andern, so dass sich Guizot mit Dupin, oder Thiers mit Dupin zu neuen ministeriellen Kombinationen verknüpfen, alsobald reissen die Opposition und die Legitimisten die Ausgeschiedenen an sich, zum Kampfe gegen ihre Nachfolger. So steht es mit Menschen und Parteien hier seit vielen Jahren. Ministerielle und antiministerielle Intriguen, dis ist das Spiel, ein wahrhaftes l'Hombre gemischt mit einigen Tricherien. Uebrigens ist das Wort der Auflösung aller dieser Dinge gegeben. Viele Jahrhunderte konnte ein Institut bestehen, wie die alte Monarchie, weil sie ein organisches Lebensprinzip enthielt, und wie die Eiche gewachsen war. Der Mechanismus der Revolution dagegen ist in stetem Midersspruch mit sich selbst. Der Geist ringt nach unbedingter Freiheit, und das Staats-prinzip siedelt sich in administrative Formen — ein Leib, welcher für diesen Geist nicht passt. So lange der Geist anarchisch war, musste der Despotismus im Staate die Oberhand gewinnen — vor Allem bedürfen die Menschen der Sicherheit; deshalb schuf die Revolution einen administrativen Formalismus, den Bonaparte ausbildete, den die Restauration und Ludwig Philipp benuzten. Die Antithese von Anarchie und Despotismus nahm endlich ein gesezmässiges Gewand an in der sogenannten repräsentativen Verfassung, wo die Opposition eine anarchische und daher schwache Freiheit, jede Ministerium aber eine überspannte und daher kränkliche Ordnung behauptet. Also gerathen Demokratie und Regierung, die als Gegensäze in dem revolutionairen Staate gegeben sind, nun als Gegensäze in der repräsentativen Verfassung zur Diskussion. Die Anarchie, in dem Kreise der Opposition eingefangen, ringt nach dem Sturze der Regierung, bis sie selbst, an die Regierung gelangt, sich ordnet, und diese neue Ordnung wiederum mit ähnlichen Mitteln, welche sie früher benuzt hat, angefochten wird. So geht das fort, bis sich Stimmen erheben mit einem donnernden Halt und das Spiel entziffern. Diese Stimmen tönten schon aus verschiedenen Zungen, aber freilich noch auf eine Art, die von der Unordnung und Ueberordnung vergangener Tage noch gar viele Spuren an sich trägt. Mit Begeisterung tritt der Abbé de la Mennais auf, aber auch mit zerstörender Kraft und als ein idealer Revolutionair höchster Klasse; er will die Revolution katholizisiren einerseits, andererseits will er sie amerikanisiren, es soll sich jeder frei entwikeln können nach seinem eigenen Behagen — die Gleichheit unter den Menschen, dass der Mächtigere nicht den Geringeren unterdrüke. Mit Akkommodation erscheint Lamartine, mit Anforderungen an eine thätige Volks- und Menschenliebe, an ein Hinneigen zu den untern Ständen, nicht im jakobinischen Sinne, sondern um sie zu erhöhen und für höhere Menschenwürde auszubilden. Ex-St.-Simonianer, die zum Katholizismus zurükkehren; einige junge Republikaner, welche die Klubsskandale satt haben; viele junge Legitimisten, die das System ihrer Väter als eine Chimäre erkennen, und eine nicht unbedeutende Zahl von Eigenthümern aller Stände, besonders unter den Gutsbesizern, neigen schon diesen neuen Stimmen mehr oder minder ihr Ohr, und fordern, dass jenes von den Zeitungen bis zum Ekel gepredigte Schachspiel zwischen Ministerium und Opposition endlich einmal aufhöre, denn in der Praxis ist es nichts als eine erneuerte Auflage der Hofintriguen des alten Regime, nur ist es ein wandelnder Hof, der heute in den Wahlkollegien, morgen im Kabinette, übermorgen in der Kammer, ein anderesmal bei der Presse sein Wesen treibt, und an sich ohne alle Würde und Zukunft ist.

REDAÇTEUR DR. GOLDMANN.